



Pressemitteilung zu Abschiebungen in den Irak

Mainz, 14.11.2023

Die menschenrechtliche und humanitäre Lage im Irak ist nicht sicher!

Keine Abschiebungen in den Irak!

Beim Plenum des Flüchtlingsrat RLP e.V. am 07.11.2023 diskutierten mehr als 50 Teilnehmer:innen von Flüchtlingsinitiativen und Beratungsstellen aus ganz Rheinland-Pfalz das Thema Abschiebungen in den Irak. Dabei verurteilten die Anwesenden die verschärfte Abschiebepolitik der Bundesregierung und fordert die Landesregierung auf, sich nicht an Abschiebungen zu beteiligen.

Der Flüchtlingsrat RLP e.V. erhält seit einigen Wochen eine zunehmende Anzahl von Anfragen der irakischen Staatsangehörigen, deren Duldungen und Arbeitserlaubnisse nicht mehr verlängert werden und denen eine Abschiebung in eine lebensgefährliche Rückkehrsituation droht. Inzwischen ist auch eine deutliche Zunahme der erstellten Passersatzpapiere für geduldete Iraker:innen festzustellen, die den Behörden in Deutschland eine schnellere Abschiebung ermöglicht. **„Es kann inzwischen jeden treffen, insbesondere auch die Menschen, die noch nicht lange hier sind. Es werden also nicht mehr nur Gefährder oder verurteilte Straftäter abgeschoben“,** so Rechtsanwalt Jens Dieckmann.

Bisher wurden aufgrund der Beschlüsse der Innenministerkonferenzen 2006, 2007 und 2018 nur irakische Staatsangehörige abgeschoben, die in Deutschland zu einem Strafrecht verurteilt wurden. Aktuell wird trotz der weiterhin krisenhaften Lage im Irak von dieser Beschränkung abgerückt. Durch die verschärfte Asylpolitik der Bundesregierung werden Abschiebungen der Iraker:innen sogar forciert. Der Grund dafür liegt laut Medienberichten in einer verstärkten Kooperation zwischen den beiden Ländern bzw. in der Bereitschaft seitens der irakischen Regierung, abgelehnte Asylsuchende aufzunehmen (Tagesschau vom 17.05.2023).

Laut Pro Asyl werden in Bayern bereits Abschiebungen im Schnellverfahren und ohne ausreichende Prüfung des Einzelfalls vorbereitet, vereinzelte Meldungen sind auch aus Hessen und Nordrhein-Westfalen bekannt (Pro Asyl, 09.10.2023).

In Rheinland-Pfalz wurden bis jetzt keine Abschiebungen in den Irak durchgeführt, jedoch besteht angesichts der jüngsten politischen Debatten um Flucht und Migration die Sorge, dass die Abschiebungen in allen Bundesländern zur alltäglichen Praxis werden.

Der Flüchtlingsrat RLP e.V. kritisiert die aktuelle verschärfte Abschiebepolitik der Bundesregierung und fordert, angesichts der nach wie vor prekären humanitären Situation im Irak, jegliche Abschiebungen in den Irak auszusetzen.

Pressekontakt:

Flüchtlingsrat RLP e.V.
info@fluechtlingsrat-rlp.de
Telefon 06131 / 49 24 734
www.fluechtlingsrat-rlp.de

Hintergrund:

Laut dem Bericht von Amnesty International war die Lage im Irak „[...] auch 2022 von politischer Instabilität und sporadischen Zusammenstößen zwischen bewaffneten Kräften geprägt“ (Amnesty International Report 2022/23). Vor kurzem wurde die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes zur Bekämpfung des IS und zur Stabilisierung durch die Bundesregierung beschlossen (Meldung zum Gesetzesvorhaben, 13.09.23).

Es wird im Irak von rechtswidrigen Todesurteilen, Folter zur Erzwingung von Geständnissen, Entführungen und anderen Misshandlungen und Menschenrechtverletzungen, die straflos bleiben, berichtet. NGOs vor Ort verzeichnen einen Anstieg bei sogenannten Ehrenmorden und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen und Mädchen. 2022 wurden im Land Gesetzentwürfe zur Kriminalisierung von Homosexualität angekündigt, die eine weitere Bedrohung der bereits von Diskriminierung ausgesetzten LGBTQ-Menschen darstellen. Der Irak leidet außerdem massiv unter den Folgen der Klimakrise in Form von Dürreperioden, Hitzewellen und Sandstürmen. Diese verdrängt tausenden Menschen aus ihren Heimatorten und ruft Hunger, Krankheiten und Armut hervor.

Im Januar 2023 wurde vom Bundestag der Völkermord des sogenannten Islamischen Staates (IS) an den Jesid: innen im Jahr 2014 als Genozid anerkannt (Bundesdrucksache – Drucksache 20/5288). Die Lage dieser Volksgruppe im Irak bleibt katastrophal, Menschen werden anhaltend aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert und verfolgt. Das Hauptsiedlungsgebiet der Jesiden (die Nineveh Ebene) ist laut der aktuellen Einschätzung des Auswärtigen Amtes noch immer schweren Anschlägen, militärischen Aktionen und terroristischen Gefahren ausgesetzt. Rund 300.000 Jesid: innen leben in prekären Umständen in überfüllten Flüchtlingslagern im Nord- und Zentralirak, in Syrien.

Quellen:

Amnesty International, 28.03.2023: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/irak-2022>

Meldung zum Gesetzesvorhaben, 13.09.23: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/bundeswehr-einsatz-irak-2222916>

Pro Asyl, 09.10.2023: <https://www.proasyl.de/news/bundesregierung-forciert-heimlich-abschiebungen-in-den-irak/>

Irak. Reise- und Sicherheitshinweise, Stand: 02.11.2023: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/irak-node/iraksicherheit/202738>

Tagesschau, Deutschland und Irak vereinbaren offenbar Kooperation: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/migrationsabkommen-deutschland-irak-100.html>

Anerkennung und Gedenken an den Völkermord an den Êzîdinnen und Êzîden 2014, 18.01.2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005228.pdf>